

Das neue Waldgesetz in Brasilien – was illegal war wird jetzt legal

Die Agrarlobby will Waldgesetz ändern – die Folgen für Klimaschutz und Regenwald könnten verheerend sein

Brasilien hat sich in den letzten Jahren durch seine Entwaldungsrate zum viertgrößten CO₂-Emittenten der Welt entwickelt. Fast 18 Prozent seiner tropischen Regenwälder sind in den vergangenen vierzig Jahren verschwunden. In den letzten Jahren konnte die jährliche Fläche der Regenwaldzerstörung jedoch schrittweise reduziert werden. Diese wichtige Entwicklung im Kampf gegen den Klimawandel und das Artensterben ist nun durch eine vorgeschlagene Änderung des Waldgesetzes gefährdet. Präsident Lula da Silva's Versprechen den Kohlendioxid ausstoß Brasiliens um 40 Prozent zu reduzieren ist damit nicht zu erfüllen.

2004 wurden in Brasilien noch 2,7 Millionen Hektar Amazonas-Regenwald gerodet. 2010 war es dagegen nur rund ein Viertel. Dank verstärkter Kontrollen der brasilianischen Regierung sowie des Soja- und Rindermoratoriums und insbesondere ist erreicht worden, dass in den letzten drei Jahren weniger Regenwald für Agrar- und Weideflächen vernichtet wurde. Aber insbesondere sind es die Preise für Rohstoffe wie Fleisch und Soja, die die Entwaldungsrate maßgeblich beeinflussen. Einem Preisverfall auf den internationalen Märkten folgt meist auch ein Rückgang der Waldrodungen und umgekehrt.

Trotz des Rückganges der Rodungen wurde 2009 in Brasilien Regenwald von mehr als der doppelten Fläche des Saarlandes dem Erdboden gleichgemacht. Außerdem gibt es in Brasilien zur Zeit eine starke Bewegung der Agrarindustrie und ihrer Lobbyvertreter mit dem Ziel das brasilianische Waldgesetz, den Código Florestal, zu ändern. Zumindest auf dem Papier galt das Gesetz bislang als ein wichtiger Baustein zum Schutz des Regenwaldes. Eine Änderung des Gesetzes würde

höchstwahrscheinlich die bisherigen Erfolge im Regenwald- und Klimaschutz zunichte machen.

Das brasilianische Waldgesetz ist eines der progressivsten und weitreichendsten Umweltgesetze zum Schutz des brasilianischen Waldes. Es bildet einen der Hauptpfeiler in den Bemühungen der brasilianischen Regierung die Kohlenstoffemissionen aus Entwaldung zu reduzieren. Die Bedeutung des Gesetzes für den Erhalt des Amazonas ist enorm. Laut einer Studie der Universität von Sao Paulo ist mehr als die Hälfte des brasilianischen Territoriums von dem Gesetz betroffen.

Im bisherigen Waldgesetz ist die Fläche festgelegt, die ein Landbesitzer legal abholzen darf; das sind nicht mehr als 20 Prozent des auf ihrem Gebiet befindlichen Regenwaldes. 80 Prozent des Waldes müssen im ursprünglichen Zustand als sogenannte „Reserva legal“ erhalten bleiben. In Savannengebieten müssen 35 Prozent geschützt werden, in allen anderen Lebensräumen noch 20 Prozent. Zusätzlich finden sich im Waldgesetz Regelungen für, wie das Verbot landwirtschaftlicher Aktivitäten und das Einhalten von Mindestabständen der Plantagen entlang von Wasserwegen. Verstöße gegen das Gesetz sind (theoretisch) mit Geldbußen belegt und zu viel gerodete Flächen müssen wieder aufgeforstet werden.



Soja-Feld im Amazonas-Urwald © Greenpeace

Spendenkonto

Postbank, KTO: 2 061 206, BLZ: 200 100 20

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabsatzfähig.

Seit Jahren versuchen Abgeordnete, die die Interessen der großen Agrarproduzenten vertreten, dem brasilianischen Kongress einen Vorschlag zur Reform des Waldgesetzes zu unterbreiten. Die Reform würde u.a. den Schutz der Wald- und Feuchtsavannengebiete (Cerrados) lockern und die Flächen könnten einer anderen Nutzung zugeführt werden.

Die Agrarlobby hat immer wieder versucht das Waldgesetz zu torpedieren und eine flexiblere Gesetzgebung in den 27 Bundesstaaten des Landes zu sichern. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen. Das Gesetz muss nun im Kongress verhandelt werden, um dann letztlich von der Präsidentin verabschiedet zu werden.

Brasiliens neue Präsidentin und der Amazonas-Urwald

Das Thema ist derzeit politisch besonders brisant, weil Brasilien seit dem 1. Januar 2011 ein neues Staatsoberhaupt hat: Dilma Rousseff. Unter Präsident Lula war die Politikerin zunächst Bergbau- und Energieministerin, dann Kabinettschefin. Als leidenschaftliche Urwald- oder Klimaschützerin ist sie bislang nicht in Erscheinung getreten. Wird sie sich für den Amazonas-Regenwald einsetzen? Alles deutet darauf hin, dass das Gesetz in der ersten Jahreshälfte 2011 auf höchster Ebene entschieden wird.

Umweltschutz war im brasilianischen Wahlkampf ein heißes gesellschaftliches Thema. Vor diesem Hintergrund sprach sich Rousseff im Wahlkampf verhalten positiv zum Urwaldschutz aus: "Brasilien kann seine landwirtschaftliche Produktion ohne weitere Entwaldung ausweiten." Sie neigt dazu, diese zu beenden. Auf einen völligen Entwaldungsstopp wollte sie sich allerdings nicht festlegen.

Skepsis ist also angebracht. Als Kabinettschefin stellte die studierte Ökonomin 25 Projekte zurück, durch die Urwaldschutzgebiete geschaffen oder schon bestehende vergrößert worden wären. Gleichzeitig nannte Ex-Präsident Lula da Silva sie die "Mutter des nationalen Wachstumsbeschleunigungsplanes". Dieser sieht gewaltige Infrastrukturprojekte

vor, die auch zu Lasten der Natur gehen würden. Es ist der jetzigen Präsidentin Dilma Rousseff vorzuwerfen, sich nicht eindeutig gegen eine Gesetzesänderung auszusprechen, die weiterer Regenwaldzerstörung Tor und Tür öffnen wird. Eine Änderung würde die auf dem UN-Klimagipfel in Kopenhagen gemachten Zusagen von Brasilien zunichte machen. Präsident Lula da Silva hatte damals zugesagt, die Kohlendioxid-Emissionen seines Landes bis 2020 um 38,9 Prozent - und damit 21 Milliarden Tonnen - zu reduzieren.



Klimabanner an der Oper Manaus ©Baleia/Greenpeace

Hintergrund

Das ursprüngliche Waldgesetz stammt aus dem Jahre 1934 und wurde 1965 ergänzt. Es kann als eines der fortschrittlichsten Waldgesetze weltweit bezeichnet werden. Es definiert die Kriterien für Waldschutz, Management, Landnutzung sowie den Schutz von Feuchtgebieten und anderen Vegetationsformen. Im Kern sieht das Gesetz vor, dass Waldbesitzer einen bestimmten Anteil des Waldes auf ihrem Land stehen lassen müssen (das so genannte „Reserva legal“) sowie entlang Flussmündungen und in der Nähe von Feuchtgebieten. Der damalige brasilianische Präsident Cardoso hatte 1996, als Reaktion auf die hohen Brandrodraten von drei Millionen ha jährlich, mit einer anfangs provisorischen Maßnahme 80 Prozent der Waldfläche unter Schutz gestellt und die Wiederaufforstung gerodeter Brachflächen angeordnet. Diese Maßnahme, wurde im Jahr 2001 nochmals bestärkt und als Gesetz umgehend verabschiedet.

Nachdem der Agrarlobby eine Änderung des Gesetzes in ihrem Sinne in den ver-

gangenen Jahren nicht gelungen ist, wird eine Neuauflage des gesamten Waldgesetzes angestrebt. Es hat in den letzten Jahren mehr als 36 Bestrebungen für eine Lockerung des Gesetzes gegeben. Alle wurden abgeschmettert. Aber die bisherige Opposition gegen eine Gesetzesänderung scheint sich zu wandeln. Der federführende Abgeordnete Aldo Rebelo bedient sich dabei einer nationalistisch gefärbten Argumentation: Das bestehende Waldgesetz würde nur internationalen Interessen dienen und die Nahrungsmittel-Produzenten in Europa und den USA würden Brasiliens Landwirtschaft schaden und schoben deshalb die Sorge um den Amazonaswald und das Weltklima vor. Nach dieser Verschwörungstheorie sind Umweltschützer wie Greenpeace Agenten des internationalen Agrar-Großkapitals.



Enawene Nawe Indianer: im Amazonas © Mauther/Greenpeace

Solche Thesen sind beliebt im nationalistischen Brasilien. Außerdem würde das neue Gesetz die bisherige illegale Landnahme bei einem Großteil der Landbesitzer legalisieren. Die Erwartung an solch eine Amnestieregelung führt heute dazu, dass die gesetzlich vorgeschriebene Registrierung im Umweltkataster durch die Farmer nicht erfolgt. Sie hoffen darauf nicht behelligt zu werden und geben nicht preis wo sie wie viel Land bisher illegal besetzt haben. Nur mit der genauen Kartierung der Farmen und mit Hilfe von Satellitenbildern ist es möglich, nachzuvollziehen, dass diese nicht auf Indianerland, in einem Schutzgebiet oder in einem neu gerodeten Urwaldgebiet liegen.

Dieses System wird in den unterschiedlichen Bundesstaaten unterschiedlich implementiert und gefördert. Für internationale Unternehmen ist die Forderung von

Transparenz in der Lieferkette und die Anforderung an die Rinderproduzenten und Sojaproduzenten, sich im Landkataster zu registrieren, die einzige Möglichkeit, Rückverfolgbarkeit ihrer Produkte sicher zu stellen und zu gewährleisten dass kein Urwald für ihre Produkte zerstört wird.

Worum geht es bei dem neuen Gesetzesentwurf im Kern?

1: AKTUELLES BRASILIANISCHES WALDGESETZ:

Jeder Landbesitzer, der illegal abgeholzt hat, muss eine Strafe zahlen und das Gebiet wiederaufforsten.

ÄNDERUNGSVORSCHLAG: Für die nächsten fünf Jahre sollen alle Strafen ausgesetzt werden, als auch die Auflage, dass alle bis zum 22. Juli 2008 entwaldeten Gebiete wieder aufgeforstet werden müssen. Danach könnte jeder einzelne Bundesstaat den Landbesitzern eine endgültige Amnestie gewähren.

AUSWIRKUNG: Die vorgeschlagene Amnestie für Umweltstraftaten wird den illegalen Einschlag fördern. Laut Universität von Sao Paulo müssten dadurch 87 Millionen Hektar bereits entwaldeter Fläche - das entspricht in etwa der Größe von Frankreich und England zusammen - nicht wieder aufgeforstet werden.

2: AKTUELLES WALDGESETZ: *Jeder Land(Wald)besitz, ungeachtet der Größe des Landbesitzes, muss eine gesetzliche Reserve bewahren.*

ÄNDERUNGSVORSCHLAG: Besitzer kleinerer Ländereien müssen den abgeholzten Wald nicht mehr wie bisher aufforsten. Bisher bestehender Wald darf jedoch nicht abgeholzt werden. Bei mittleren und großen Grundbesitzern mit entwaldeten Gebieten muss ein Teil der "legalen Reserve" nicht wiederaufforstet werden.

AUSWIRKUNG: Dieser unlogische Vorschlag belohnt jene Holzfäller die sich bisher nicht an das Gesetz gehalten haben. Darüber hinaus werden Großgrundbesitzer ihr Land in "kleine Anwesen" aufteilen, um keinen Wald wiederaufforsten zu müssen.

Spendenkonto

Postbank, KTO: 2 061 206, BLZ: 200 100 20

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabsatzfähig.

3: AKTUELLES WALDGESETZ:

Jeder private Grundbesitz im Amazonas muss 80 Prozent des Waldes als "Reserva legal" erhalten. Der Staat darf entscheiden, ob dieses Limit durch angemessene Zonierung die Wiederherstellung des Waldes auf 50 Prozent gesenkt werden darf. Das bedeutet, dass in Gebieten, wo über das erlaubte Maß hinaus abgeholzt wurde, nur etwa 50 Prozent der Gesamtfläche wiederaufgeforstet werden müssten. Ein weiterer Einschlag ist nicht gestattet. Die Zonierung unterliegt ganz klar der Autorität des brasilianischen Umweltrates – CONAMA.



Amazonas Regenwald: ©Mauthé/Greenpeace

ÄNDERUNGSVORSCHLAG: 80 Prozent des Waldes sollten als "Reserva legal" erhalten bleiben. Eine Senkung auf 50 Prozent kann per Gesetz beschlossen werden. Das gilt auch für bewaldete Flächen. Eine solche Reduzierung würde als "Regularisierungs"-Zweck akzeptiert werden. Es wäre kein Verbot für weitere Entwaldung. Eine Genehmigung durch CONAMA ist nicht nötig, und es ist auch nicht klar, wer in der brasilianischen Regierung für eine solche Genehmigung verantwortlich zeichnet.

AUSWIRKUNG: Jeder einzelne brasilianische Bundesstaat könnte einen lokalen Flächennutzungsplan absegnen, der Entwaldung legalisiert. Denn eine Herabsenkung von 80 Prozent auf 50 Prozent könnte auch auf Waldflächen möglich sein. CONAMA verliert seine Machtposition, und es gibt keinen Hinweis darauf, wer in der brasilianischen Bundesregierung den lokalen Flächennutzungsplan genehmigen soll.

4: AKTUELLES WALDGESETZ:

„Dauerhafte Schutzgebiete“ und "Reservas legal" müssen unabhängig voneinander bewahrt werden. Ihre Gesamtfläche kann nicht mehr als 80 Prozent im Amazonas betragen und nicht mehr als 50 Prozent im Rest Brasiliens. Bei kleinen Grundbesitzen liegt der Betrag bei 20 Prozent.

ÄNDERUNGSVORSCHLAG: Wenn der Grundbesitzer ein Stück Land registrieren lässt, werden die dauerhaften Schutzgebiete und "Reserva legal" in jedem Fall zusammenberechnet.

AUSWIRKUNG: Zu befürchten ist eine starke Zunahme von Entwaldung, denn auf dem Papier könnte das als "Reserva legal" ausgewiesene Land reduziert werden, nachdem es zuvor als „dauerhaftes Schutzgebiet“ angerechnet worden ist.

Greenpeace-Forderungen:

Greenpeace fordert die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff auf den Änderungen des brasilianischen Waldgesetzes in der jetzigen Form nicht zuzustimmen.

Die brasilianische Regierung muss ein sofortiges Moratorium für neue Entwaldungen im Regenwald verhängen.

Greenpeace fordert einen globalen Finanzierungsmechanismus (REDD+) als Teil eines Klimafonds einzurichten, der die Entwaldung und Degradierung von Urwäldern in den Tropen bis 2020 mit Hilfe von Schutzgebieten stoppen hilft.